

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Zeichen der Zeit erkennen
Grundwerte erhalten
FBP

Die parlamentarische Untersuchungskommission ist Voraussetzung zur Wiederherstellung des Vertrauens in unseren Staat.

Wir sind gegen den Raubbau an den staatlichen Reserven

Gedanken zur Finanzplanung in unserem Land – nicht nur verwalten, auch Zukunftsperspektiven aufzeigen – von Johann Kindle

Planen heisst vorausschauen. Politik soll nicht bloss verwalten, sondern Zukunftsperspektiven aufzeigen, Lösungsmöglichkeiten anbieten, kurz helfen, absehbare auf uns zukommende Probleme zu bewältigen. Diese Grundsätze können ohne weiteres auf die Finanzplanung übertragen werden.

Die Einsicht, dass der Finanzplan eine zwingende Ergänzung von Rechnung und Budget im finanzpolitischen Instrumentarium darstellt, ist heute unumstritten.

Die zunehmende Aufgabenfülle der öffentlichen Hand und parallel dazu das Wachstum der öffentlichen Finanzhaushalte erlaubt keine «Von-der-Hand-in-den-Mund»-Finanzpolitik, sie ruft geradezu nach dem Instrumentarium des Finanzplanes.

Erst eine wirklich ernstgenommene Finanzplanung erlaubt eine erhöhte Transparenz bezüglich des Finanzhaushaltes. Die Finanzplanung bis 1993 hat uns dies eindrücklich gezeigt!

Diesen Eindruck verbreitet die VU heute in ihren Veröffentlichungen und beschränkt sich auf die Darstellung der heutigen Situation in bezug auf die Reserven. Diese Reserven sind weder übermässig dotiert, noch das Ergebnis von harter Arbeit mit gebeugtem Rücken und Schwielen an unseren Händen. Sie sind vielmehr ein Ergebnis freundlicher Rahmenbedingungen, wie sie uns alleits noch gewährt werden.

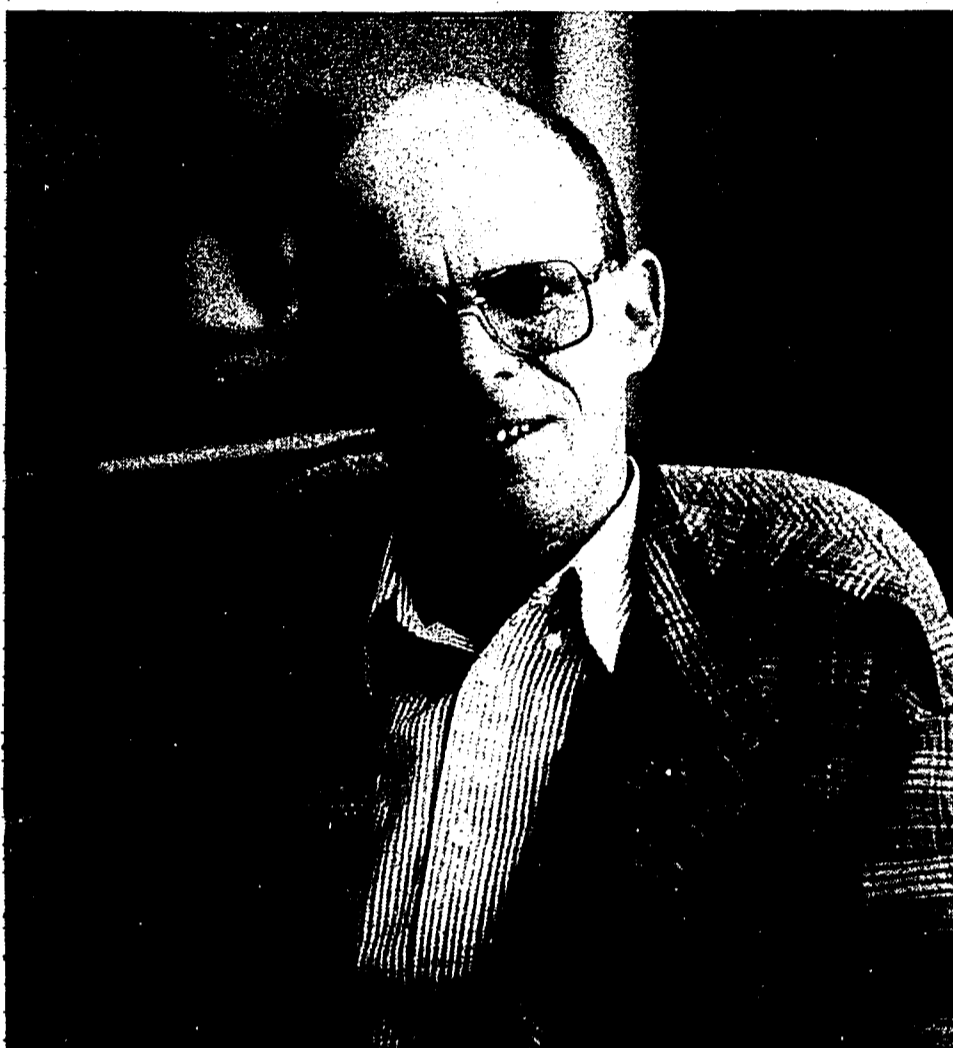
VU zeigt nur die positive Seite

Wohlweislich vermeidet es die VU, die Aufzeichnungen und Graphiken über das Jahr 1987 hinaus weiterzuführen. Die Finanzplanung zeigt nämlich auf, dass wir in einen Reservenabbau hineinschlittern, sofern nicht rigoros Gegenmassnahmen ergriffen werden. Über die Form dieser Gegenmassnahmen schweigt die VU. Was soll's, sie hat ja den Finanzplan zur Kenntnis genommen und diesen als rechtlich unverbindlich erklärt und zur Seite gelegt!

Einer Finanzpolitik, die gemäss Budget für das laufende Jahr bereits auf die Reserven zurückgreift und im Laufe des Zeitraumes der Finanzplanung Raubbau an diesen Reserven betreibt, konnte nicht mehr zugestimmt werden.

Denn was wir von jedem einzelnen von uns voraussetzen dürfen, nämlich dass er seine Ausgaben nach seinen Einnahmen richtet und wenn möglich noch etwas für schwerere Zeiten auf die hohe Kante legt, haben wir auch als Staat vorzuleben.

Es gilt also auch hier, die Zeichen der Zeit zu erkennen – und danach handeln!



Johann Kindle, FBP-Kandidat Triesen, über die Finanzpolitik: «Die zunehmende Aufgabenfülle der öffentlichen Hand und parallel dazu das Wachstum der öffentlichen Finanzhaushalte erlaubt keine «Von-der-Hand-in-den-Mund»-Finanzpolitik, sie ruft geradezu nach dem Instrumentarium des Finanzplans.

Szacsvay Crossmeister



Erwartungsgemäss konnte sich Titelverteidiger Timi Szacsvay (unser Bild) gestern bei den diesjährigen Titelkämpfen in Eschen klar durchsetzen und holte sich erneut den Titel eines Liechtensteiner Crossmeisters. Bei den Damen gewann Birgit Ölschnögger. (Ausführlicher Bericht im Sportteil.)

STARK WIE IMMER, IN BÜROMÖBEL, BÜROGERÄTEN, BÜROSYSTEMEN.

MARKER
Büro-Systeme AG

Im Alten Ritt 31, 9494 Schaan, 075/201 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 083/6 33 09

Finanzplan als Führungsinstrument

Ein Finanzplan hat als Führungsinstrument zu dienen. Er hat damit eine wichtige Informationsfunktion und ist das ideale Mittel der Entscheidungsvorbereitung.

Mit diesen Ausführungen will ich klarstellen und betonen, dass es nicht damit getan ist, eine Finanzplanung zu erstellen, sie zur Kenntnis zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen. Daran ändert auch die gerne zitierte Feststellung nichts, dass ja die Finanzplanung an sich rechtlich unverbindlich sei und dass man dann allenfalls gezogene Schlüsse irgendwann schon einmal zu Rate ziehen werde.

VU-Präsident Hasler bestätigt den Eingriff der VU-Führung in die richterliche Unabhängigkeit

Die VU-Oberen übten massiven Druck auf den Staatsgerichtshofpräsidenten Seeger aus

Die VU-Führer haben, was sie bisher mehr oder weniger immer bestritten, tatsächlich massiven Druck auf den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, ausgeübt. VU-Präsident Dr. Otto Hasler bestätigte in einer Stellungnahme im «Liechtensteiner Vaterland» vom letzten Samstag diesen Sachverhalt. Jene, die sich in diesem Wahlkampf für die «richterliche Unabhängigkeit» stark machten, haben diese «richterliche Unabhängigkeit» selbst massiv verletzt.

Aus dem Fall «Staatsgerichtshof» ist mit der Verweigerung der von der FBP-Fraktion geforderten Untersuchungskommission durch die VU-Oberen längst eine «VU-Affäre» geworden. Die Bestätigung von VU-Präsident Dr. Otto Hasler, dass sich die VU-Führer mit dem Staatsgerichtshofpräsidenten getroffen haben und ihn unter massiven Druck setzten, gibt der ganzen Angelegenheit nochmals eine Wende.

VU-Präsident Dr. Otto Hasler hatte vor dem Gericht erklärt:

«Richtig ist, dass es vor seiner Wiederwahl zum Präsidenten des Staatsgerichtshofes zu einer Besprechung zwischen ihm, Herrn Dr. Karlheinz Ritter, dem Regierungschef Herrn Hans Brunhart und mir kam. Diese Besprechung

war bei mir zu Hause. Ich habe meinen Einfluss, soweit ich ihn geltend machen konnte, dahin auf ihn ausgeübt, um ihn dazu zu bewegen, dass er auf jeden Fall vor dieser Landtagsitzung am 19. 12. 1984, an dem die Neubestellung des Staatsgerichtshofes auf dem Traktandum war, ein Urteil ausfertigt. Das war mein grösstes Anliegen, ein Urteil musste hinaus, gleich wie...»

Also nicht nur der VU-Präsident traf sich mit dem Staatsgerichtshofpräsidenten, sondern auch Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter und Regierungschef Hans Brunhart waren bei diesem Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit mit dabei. Die VU-Führer haben also kein Mittel gescheut, um ihre Politik durchzusetzen.

In seiner Stellungnahme rechtfertigt VU-Präsident Hasler dieses Verhalten

mit dem verharmlosenden Satz: «Wir versuchten im privaten Gespräch zu erwirken, was die Kunsthaus-Initianten über den Rechtsweg anstrebten.»

Dazu nur zwei Fragen: Erstens, ist der Eingriff der VU-Führung in die Urteilsausfertigung des Staatsgerichtshofes kein «Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit»? Zweitens: Gilt für die VU-Führer, wenn sie etwas erreichen wollen, der Rechtsweg nicht mehr?

VU-Präsident Hasler hat vor Gericht die Wahrheit gesagt und nun in seiner Stellungnahme nochmals bekräftigt. Die VU-Führer haben die «richterliche Unabhängigkeit» verletzt – sie haben nicht den Rechtsweg beschritten, aber den Rechtsstaat mit Füssen getreten. Weiter so?

Kunstschaffen aus Liechtenstein

Gestern wurde im Seedamm-Kulturzentrum die Ausstellung «Zeitgenössisches Kunstschaffen aus Liechtenstein» von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und vom Schwyzer Ständerat Dr. Alois Dobler eröffnet. Zwanzig Künstler aus Liechtenstein zeigen hier, nach den Ausstellungen in Feldkirch, St. Gallen und München, ihre Werke.

Die Ausstellung im Kulturzentrum Pfäffikon ist sehr grosszügig gestaltet und hat, obwohl die Ausstellung in grossen Teilen eine Wiederholung der früheren Ausstellungen ist, einen ganz eigenen Charakter erhalten. Dazu trägt nicht zuletzt die Grosszügigkeit der Räumlichkeiten bei, die eine bessere Präsentation der Kunstwerke ermöglicht.

Weitere Ausführungen auf Seite 5 der heutigen Ausgabe.



Fürstl. Rat Robert Allgauer, Initiator der Ausstellung «Zeitgenössisches Kunstschaffen» im Gespräch mit dem Künstler Bruno Kaufmann. Im Vordergrund ein Werk von Dr. Georg Malin, im Hintergrund eines von Bruno Kaufmann.

Immunität von Elisabeth Kopp wird fallen

Verärgerung über Verhalten der gestürzten Bundesrätin

Bern, (AP) Das Parlament wird in der Frühlingssession aller Voraussicht nach zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaats die Immunität eines ehemaligen Mitglieds des Bundesrats aufheben. Die Fraktionen sind sich einig, dass dieser Schritt im Falle von Elisabeth Kopp als Voraussetzung für die Eröffnung eines Strafverfahrens nötig ist. Eine Woche vor Beginn der Frühlingssession bereiteten die Fraktionen auch weitere Geschäfte vor, wobei unter anderem Dissonanzen in der Energiepolitik deutlich wurden.

Die Fraktionen von CVP, SVP und LdU/EVP folgten am Samstag einstimmig dem Antrag des besonderen Vertreters des Bundesanwalts, Hans Hungerbühler, zur Immunitätsaufhebung der ge-

stürzten EJPD-Chefin. Die Parlamentarier von Kopp's eigener Partei, der FDP, hatten sich schon am Freitag im gleichen Sinne entschieden; zuvor hatten SPS und Grüne bereits die Immunitätsaufhebung verlangt.

Die SVP-Fraktion äusserte zudem ihr Unbehagen darüber, «dass alt Bundesrätin Elisabeth Kopp über die Medien und unter Beizug eines PR-Beraters ihr angeschlagenes Ansehen in der Öffentlichkeit aufzupolieren sucht und sich öffentlich als Opfer der Medien und von Neidern darstellt». Die SVP-Parlamentarier erwarten, dass die ehemalige EJPD-Vorsteherin bis zum Abschluss der Untersuchungen die nötige Zurückhaltung übt.

SPD und AL nehmen entscheidende Hürde

Momper sieht Grundvoraussetzung für rot-grüne Koalition erfüllt

Berlin (AP) Bei ihrem Bemühen um eine rot-grüne Koalition in Berlin haben SPD und Alternative Liste (AL) die wichtigste Hürde genommen. Nach der Einigung über seine drei Hauptforderungen erklärte der SPD-Landesvorsitzende Walter Momper am Wochenende, er sehe jetzt die Grundvoraussetzung für eine gemeinsame Senatsbildung erfüllt. Momper bescheinigte der Alternativen Liste am Samstag vor Journalisten, sie habe einen «grossten Schritt zur Politik und Regierungsfähigkeit» getan.

Am Vorabend hatte der SPD-Landesvorstand das von Unterhändlern beider Parteien vorgelegte Einigungspapier über die drei von Momper aufgestellten Bedingungen für weitere Verhandlungen abge-

segnet. Es handelt sich um die Absage der AL an die Gewalt, die Anerkennung des Vier-Mächte-Status und die Übernahme der Bundesgesetze. Während der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen von einer «ersten Teilkapitulation der SPD vor der AL» sprach, wies der Berliner SPD-Vorsitzende seinerseits Vorbedingungen der CDU für eine Wiederaufnahme der Gespräche über eine grosse Koalition zurück.

Aber auch zu den Verhandlungen mit der AL fügte Momper einschränkend hinzu, Versprechungen der Alternativen auf dem Papier seien zwar wichtig, doch erst die Praxis werde zeigen, ob eine spontaneistische Partei zur Einhaltung von Zusicherungen in der Lage sei.